

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfach** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag** in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Koloneltzeile oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mt. Reklame-Koloneltzeile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Steuervorlagen.

Die Rechtssozialisten für die indirekten Steuern?

Berlin, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierung hat gestern der Presse die Entwürfe für die neuen Steuern übergeben. Der Vertreter der Regierung betonte bei dieser Gelegenheit, daß von einer Steuerreform keine Rede sein könne. Es handelt sich um keine grundsätzliche Änderung des Steuerrechts, sondern um die Erfüllung der Notwendigkeit, zur Erfüllung des Ultimatums neue und sehr große Einnahmen zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkt aus müßten die Steuergesetzentwürfe betrachtet werden. Man könne als Politiker der Ansicht sein, daß die durch das Ultimatum und auferlegten Lasten nicht ausgebracht werden könnten. Aber nachdem das Ultimatum einmal unterzeichnet sei, müßte der Entschluß der Nachweis erbracht werden, daß wir das Ultimatum ausführen wollen. Würden wir nicht alles tun, um alle Steuerquellen anzuspannen, so würde der Eindruck bei der Entente erweckt, daß wir das Ultimatum nicht erfüllen wollen. Tatsächlich seien die indirekten Steuern bei der Entente wesentlich höher als bei uns. Insbesondere in der Erstattung der Getränke habe England außerordentliches geleistet. Die Frage, ob noch andre Wege zur Erfüllung der von uns übernommenen Verpflichtungen eingeschlagen werden könnten, sei schwer zu lösen. Jetzt müßte mit größter Beschleunigung der Beweis erbracht werden, daß steuerlich alles angespannt wird, um das Ultimatum zu erfüllen.

Die Freiheit schreibt dazu, daß in der Tat von einer Steuerreform bei diesen Gesetzentwürfen nichts zu merken sei. Erst wenn die Reichsregierung nicht nur die Steuerpläne des Finanzministeriums, sondern auch die des Wirtschaftsministeriums sich zu eigen machen würde, wenn man in irgendeiner Form zur Befassung der Sach- oder Geldwerte übergehe, könne von einer Reform die Rede sein. Der Vorwärts schreibt dazu: Nur ein kleiner Teil der Steuervorlage ist derart, daß man ihn aus volkswirtschaftlichen Gründen willkommen heißen kann. Andere wird man mitnehmen müssen, obwohl sie auch eine Belastung breiter Volksmassen darstellen, die man lieber vermeiden sieht, wenn man sie durch andre Einnahmen ersetzen kann. Das wird aber nicht möglich sein, da ja das gesamte Steuerbudget noch längst nicht die Wiedergutmachungsschulden und das Reichsdefizit deckt. Am drückendsten aber ist die Erhöhung der Umsatzsteuer, die in dieser Form keinesfalls wiederingenommen werden können, wenn nicht durch hohe Besitzsteuer dafür gesorgt wird, daß auch das Kapital seinen Teil an der Wiedergutmachung zu tragen hat.

Aus diesen Ausführungen ist zu schließen, daß die Rechtssozialisten im allgemeinen sich mit den indirekten Steuern bereits abgefunden haben.

Das Berliner Tageblatt schreibt dazu: Was wir an den Regierungsvorlagen vermissen, ist eine lückenlose Ertragsberechnung, so daß die Frage, wieweit die neuen Steuern tatsächlich geeignet sind, das Niederschlag des Etats und die Wiedergutmachungsansammlungen zu decken, auch jetzt noch durchaus offen bleibt. Allerdings muß zugegeben werden, daß bei den schwankenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen auch nur die Feststellung von Annäherungswerten bei der Ertragsberechnung überaus schwierig ist. Bei einer Reihe von Steuern hat man es versucht.

Der Streit um die deutschen Milliarden.

Paris, 20. August. (U.) Loucheur befindet sich, wie bereits gemeldet, augenblicklich in Brüssel und verhandelt dort mit dem belgischen Finanzminister. Er hat die Absicht, nachdrücklich eine Abänderung des Abkommens der Pariser Finanzministerkonferenz herbeizuführen, da die französische öffentliche Meinung dieses Abkommen vollkommen ablehnt. Frankreich kommt es vor allem darauf an, von der ersten deutschen Milliarde, die zwischen Belgien und England geteilt werden soll, einen größeren Teil zu erhalten. Der belgische Finanzminister hat einem Ausdrager erklärt, er stehe auf dem Standpunkte, daß sich England recht wohl mit einer rateweisen Bezahlung seiner Befolgungskosten in Höhe von 450 Millionen Goldmark aus den späteren deutschen Zahlungen zufrieden geben könne. Auf diese Weise würde Frankreich sofort 250 Millionen Goldmark zur Verfügung haben.

London, 19. August. Wie der Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, ist man wegen der in Frankreich erhobenen Forderung der Verwerfung des interalliierten Abkommens über die Reparationen etwas beunruhigt. Die Delegierten der anderen Länder seien entschlossen, wenn irgendwelche Abänderungen oder Vorbehalte von Seiten Frankreichs gemacht würden, das Abkommen radikal zu ändern oder neu zu treffen, und in diesem Falle würden die Ausfichten auf ein dauerndes Einvernehmen, das auf gegenseitige Zugeständnisse gegründet sei, nur gering sein.

Weitere deutsche Reparationszahlung.

Newyork, 20. August. (U.) Vier Newyorker Banken, die im Auftrag der Reichsbank handelten, zahlten dem Bankhaus Morgan & Cie. fünf Millionen Dollar auf Reparationskonto an. Es ist dies die zweite deutsche Zahlung innerhalb zweier Wochen und dient dazu, um einen der 20 Dreimonatswechsel, die Deutschland der Reparationskommission übergeben hat, einzulösen.

Die Münchener Betriebsräte gegen die Schandwirtschaft der Kahr-Regierung.

München, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Vollversammlung der Betriebsräte wurde einstimmig eine Kundgebung der gesamten Münchener Arbeiterschaft gegen den Preiswucher beschlossen. Darauf fand folgende Entschlieung einstimmige Annahme:

„Die am Freitag, dem 18. August, versammelten Betriebsräte Münchens erklären das Verbot der Münchner Morgenpost durch Polizeipräsidenten Kocher als einen willkürlichen Akt schlimmster Art. Die mittels eines Militärputsches zur Macht gelangte bayerische Regierung benutzte den Belagerungsstatus zur Unterdrückung der Versammlungs- und Pressefreiheit gegenüber der Arbeiterklasse. In unerhörter Weise wird von den Organen der bayerischen Regierung, dem Wiesbacher Anzeiger, dem Völkischen Beobachter, den Münchner Neuesten Nachrichten und der Roten Hand auf die Arbeiterschaft geschimpft und gegen ihre Führer eine Pogromstimmung erzeugt.“

Obwohl die bayerische Regierung und die Bayerische Volkspartei vom Reiche immer die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert haben, wird jetzt durch ihre Presse in der verlogenen Weise gegen das Reich gehetzt, um das bayerische Volk von den Schandtatzen der eigenen Regierung abzulenken. Der Wucher ist erst unter der Regierung Kahr in Bayern zur vollen Blüte gelangt und kein Finger rührt sich, ihm zu begegnen.

Die bayerische Regierung will in ihrem Treiben, das als Endzweck die Zerstückung des Reiches und die Aufrechterhaltung der Monarchie hat, nicht gestört sein. Deshalb benutzte sie den Belagerungsstatus, um ihre unangenehme Kritiker zu beseitigen.

Die Betriebsräte Münchens sind der Überzeugung, daß die Münchner Morgenpost nicht die letzte Arbeiterzeitung ist, die zur Strecke gebracht werden soll. Sie erwarten deshalb von der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungsstatus und damit die Wiedereinführung der Versammlungs- und Pressefreiheit.“

Kundgebungen für Republik und Verfassung sind verboten.

München, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Republikanische Reichsbund hatte für den 21. August anfänglich eine Versammlungsfeier einen öffentlichen Umzug durch die Stadt zum Friedensdenkmal geplant. Der Polizeipräsident Kocher hatte diesen Umzug verboten und nun hat auch die bayerische Regierung auf eine Beschwerde des Republikanischen Reichsbundes gegen das Polizeiverbot dieses Verbot bestätigt. In Bayern dürfen nur Monarchisten und Hakenkreuzler und die Deutschnationalen öffentlich demonstrieren. Für Kundgebungen für die Republik und die Verfassung des Deutschen Reiches ist in Bayern kein Raum.

Die englischen Bergarbeiter für Nationalisierung des Grundbesitzes und der Eisenbahnen.

London, 19. August. Die Konferenz der Bergarbeiter nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der der Volkswirtschaftsrat des Bergarbeiterverbandes aufgefordert wird, auf die Nationalisierung des Grundes und Bodens und der Eisenbahnen zu dringen und sich zu diesem Zwecke die Unterstützung aller Arbeiter des Landes zu sichern. Bei der Einbringung dieser Entschlieung erklärte der Antragsteller, wenn die Arbeiterpartei zur Nationalisierung in ihrem Programme entschlossen sei, würde sie dadurch die Arbeiter des Landes wie nie zuvor einigen.

Kampf gegen die Rüstungsindustrie in Frankreich.

Paris, 19. August. Wie Peuple mittelst, hat die Vereinigung der Seine-Syndikate beschlossen, eine interindustrialische Vereinigung der Syndikate der Schussfabrikation, der Bekleidungsindustrie, der Metallindustrie, der chemischen Industrie und aller Kriegsindustrien ins Leben zu rufen, die eine großartige Propaganda gegen die Fabrikation aller für einen neuen Krieg bestimmten Dinge, vor allem von Munition, unternehmen soll. Anschläge, Broschürenverteilung und Versammlungen im ganzen Lande sind in Aussicht genommen.

Eine russische Drohnote an Rumänien.

Warschau, 19. August. (U.) Die Volkskommissare für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion und der Sowjetische Ichikoff und Katowski protestieren in einer neuen Note an die rumänische Regierung gegen die Unterstützung der Aufständischen in der Sowjetunion durch Rumänien. Die Sowjetregierung besitze sichere Informationen, daß einer geheimen Mission von Iowetz feindlichen ukrainischen Politikern in Rumänien die Unterstützung für Petljura zugesagt sei. Außerdem habe die rumänische Regierung durch einen diplomatischen Druck auf Bulgarien die Reise einer bulgarischen Delegation nach Sowjetrußland verhindert. Die Note droht, daß die beiden Sowjetregierungen den Aufmarsch ihrer Truppen an der rumänischen Grenze anordnen würden, wenn die feindselige Politik Rumäniens nicht aufhöre.

Die Verwirrte Kommunistische Partei.

Man soll den Gegner niemals unterschätzen. Es wäre auch ganz besonders angehts der gewitterchwangeren inneren Lage in Deutschland durchaus verfehlt, zu glauben, daß die Kommunistische Partei an den vielen Dummheiten und Verbrechen, die sie auf dem Reichshofe hat, in Kürze zusammenbrechen müsse. Dem steht vor allem der Umstand gegenüber, daß die trostlose wirtschaftliche Lage, die sich wegen der einsetzenden Teuerung und des kommenden Steuerdrucks in der nächsten Zeit noch mehr zum Schlimmeren entwickeln muß, immer wieder Scharen von Arbeitslosen und andern ins Elend Gedrückten geneigt machen wird, den skrupellosen Verheißungen der Kommunisten aufzusitzen. Der Berzweifelnde greift nach dem Strohhalm, und nur tiefe, feststehende Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, die leider noch vielen Proletariern abgeht — es ist zum allerleichten ihre Schuld —, vermag den mit übermächtiger Rot Ringenden vor der Versuchung feier, den Kostbaren politischen Eisenhardtoren zu folgen. Und neben dieser allgemeinen Tendenz der schweren Zeit dürfen die Kommunisten immer wieder darauf rechnen, daß ihre Dummheiten und Fehler zu einem Teil wieder wettgemacht werden durch die Dummheiten und Verbrechen der Nachhaber. Die wütende Rachejustiz, die gegen die Märzputschisten losgelassen wurde, ist sicherlich ein Hemmnis gewesen, daß die ernüchternden Wirkungen dieser Putschpolitik in den mißleideten Arbeiterkreisen sich voll auswirken konnten. Sie haben den Besoffenen die Sympathien der menschlich Denkenden zugeführt, haben den Trost des Proletariats wachgerufen und damit den Dentsproch, der die traurigen Ergebnisse dieser Wahnsinnsaktion zu verarbeiten hatte, gestört und verlangsamt. Das darf man nicht vergessen, wenn man die Wirkung des Märzputsches auf die Kommunistische Partei erwägt. Sicherlich hat er ihr schweren und dauernden Schaden zugefügt, und für die am meisten betroffenen Bezirke darf man direkt von einer Katastrophe sprechen. Aber es wäre verfehlt, anzunehmen, daß das Ende der Partei nahe bevorstehe. So leicht ist die Ueberwindung ihre eigenen Fehler der Arbeiterklasse nicht gemacht. Sie wird an dem kommunistischen Störungsfaktor noch einige Zeit zu tragen haben. Der Proch, der die „revolutionäre Massenpartei“ wieder auf den Stand der Sekte zurückbringt, ist besonnen. Aber er wird ihr keinen Ablauf noch eine nicht ganz unbeträchtliche Frist gebrauchen. Das wollen wir uns gesamt sein lassen bei der Betrachtung der kommunistischen Mitgliederzahlen, die wir vor einigen Tagen veröffentlichten. Es wird sich bei den Rückgängen zu einem Teil um Störungen handeln, die durch die Verfolgungen verursacht wurden, und die in einem gewissen Maße wieder überwunden werden können. Wir werden deshalb diese Rückgänge nicht im ganzen Umfange rechnen dürfen, wenn wir uns nicht über die Stärke der kommunistischen Anhängererschaft täuschen wollen. Die Gefahr, daß Teile der Arbeiterschaft erneut durch kommunistische Wahnsinnsparolen ins Unklare gestürzt werden, ist vermindert, aber noch nicht völlig beseitigt.

Worüber freilich wird die Kommunistische Partei trotz aller großsprecherischen Versicherungen, daß die Märzaktion ihr nicht geschadet habe — jedermann durchschaut das Väterliche solcher Phrasen —, keine besondere Reue haben, sich alsbald wieder solch ein „revolutionäres Stahlbad“ zu leisten. Dazu sind die Erfahrungen denn doch zu bitter, und überdies hat ja Moskau der funkelneuen Offensivtheorie, die die Herren Thalheimer und Frölich unter dem geistigen Einfluß des bewußten „Turkstaners“ schleunigst zur Rechtfertigung der Märzaktion aufzusammeln hatten, schon den Todesstoß gegeben, unbekümmert um die unbestreitbare Mitverantwortung, die das Exekutiv-Komitee durch die Entsendung besagten Turkstaners an diesem Verbrechen auf sich geladen hat. Moskau ist erhaben ob Verantwortlichkeit, wenn sie ihm nicht paßt. Und der gutgläubige kommunistische Arbeiter, der sich in diesem Märzputsch die Knochen zerbrechen ließ oder sich eine gepfefferte Zahl von Gefängnisjahren holte um der neuentdeckten Offensivtaktik willen, der mag sich jetzt den Kopf darüber zerbrechen, ob der Turkstaner, als er der folglosen Zentrals der KPD zu dieser neuen Erkenntnis verhalf, die Anweisungen des Exekutiv-Komitees ausführte, oder ob er auf eigene Faust gesündigt hat. Aus den Verhandlungen des kommunistischen Weltkongresses (unter dem tun es die Wortgewaltigen nicht) zu Moskau wird er das schwerlich ergründen. Soweit wir aus den lächerlichsten Berichten der kommunistischen Presse über diese Tagung Flug werden konnten, ist man über dieses immerhin nicht uninteressante Thema in Moskau nichtsjagend hinweggeglitten. Die Vertreter der Exekutive fanden es unter ihrer Würde, auf die Anklagen Lewis in diesem Punkte einzugehen, und die Vertreter der deutschen Opposition haben anscheinend nicht die Courage gehabt, auf diese wunde Stelle den Finger zu legen.